

Vorgehen

Das Projekt ist quantitativ und qualitativ angelegt. Hierfür wird ein Überblick über die deskriptive Repräsentation von Migrant_innen in Kommunen aller flächendeckenden Bundesländer. Den Schwerpunkt bilden quantitative Aggregatdatenanalysen der politischen Repräsentanz in Stadt-/Gemeinderäten von Migrant_innen in Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern. Zusätzlich soll auf Basis von qualitativen Fallstudienanalysen neues Wissen über Hürden und Barrieren politischer Partizipation von Ausländer_innen und Migrant_innen erlangt werden. Die Studie soll einen Beitrag zur Diskussion über politische Partizipationsmöglichkeiten leisten und Demokratielücken offen legen.

Fördernde Einrichtung:

Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Landesprogramms geschlechtergerechte Hochschulen: „Programmstrang Genderforschungsförderung“

Laufzeit:

01.05.2013 bis zum 31.12.2014

Forschungsteam

Prof. Dr. Maria Funder (Uni-Marburg)
Prof. Dr. Lars Holtkamp (FernUni-Hagen)
Dr. Elke Wiechmann (FernUni-Hagen)
Nina Hossain, M.A. Soziologie
Caroline Friedhoff, M.A. Soziologie

Kontakt:

Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Str. 6 | 35032 Marburg
Nina Hossain, M.A. Soziologie
06421 / 28 24354
nina.hossain@staff.uni-marburg.de

FernUniversität Hagen
LG IV Politik und Verwaltung
Universitätsstr. 33 | 58084 Hagen
Carolin Friedhoff, M.A. Soziologie
02331 / 987 2853
Caroline.Friedhoff@FernUni-Hagen.de

Politische Partizipation und Repräsentation von Migrant_innen in Deutschland

FernUniversität Hagen
Institut für Politikwissenschaften
Prof. Dr. Lars Holtkamp
Dr. Elke Wiechmann

Philipps-Universität Marburg
Institut für Soziologie
Prof. Dr. Maria Funder

Hintergrund und Ziel des Projekts

Zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen gehören der demographische Wandel sowie auch die Migrationsproblematik, die häufig plakativ auf die Formel einer „älter und bunter“ werdenden Gesellschaft gebracht wird. Mit knapp 16 Millionen Einwohner_innen stellen Personen mit Migrationshintergrund heute bereits fast ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland (19,5%) – Tendenz steigend.

Wenn von Migration die Rede ist, sind damit nicht nur recht unterschiedliche Gruppen gemeint, angefangen von Ausländer_innen mit und ohne Migrationserfahrungen bis hin zu deutschen Staatsbürger_innen mit Migrationshintergrund, weil ein Elternteil in die Bundesrepublik eingewandert ist. Vielmehr sind hiermit auch ganz unterschiedliche Herkunfts- und Lebenslagen, Lebens- und Erwerbsarbeitschancen verbunden.

Hierdurch entsteht aus unserer Sicht ein ganz erheblicher Handlungsbedarf für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der künftig zunehmend auch

davon abhängen wird, inwieweit es gelingt, die interkulturelle Interessenvielfalt politisch zusammenzubringen. Wir gehen davon aus, dass dies insbesondere über die politische Partizipation zu realisieren ist.

Im Fokus der Studie steht aber nicht nur die Relevanz der politischen Partizipation, vielmehr gilt unser Forschungsinteresse auch den Geschlechterverhältnissen. Ziel ist es, den Zusammenhang von Migration und politischer Partizipation aus einer Genderperspektive zu untersuchen. Wer sich mit Fragen der geschlechtergerechten Demokratie und Machtverteilung befassen will, kommt gar nicht umhin, sich verstärkt mit der politischen Partizipation und Repräsentanz von Frauen (und Männern) mit Migrationshintergrund (i.w.S.) zu beschäftigen. In Wissenschaft und Politik wird zunehmend konstatiert, dass dieser Personenkreis in Kommunalparlamenten, Landtagen und Bundestag stark unterrepräsentiert ist (keine 5%), was eine schwerwiegende Repräsentationslücke darstellt.

Das im Rahmen des Wissenschaftsministeriums NRW geförderte Forschungsvorhaben will dazu beitragen, dass in quantitativen und qualitativen Vergleichen das bisher wenige Wissen über die politische Repräsentanz von Migrant_innen in Deutschland zu erweitern. Insbesondere sollen im innerdeutschen Vergleich die Barrieren und Chancenstrukturen von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund identifiziert werden, wenn sie in Gremien der repräsentativen und kooperativen Demokratie vorrücken wollen, um (auch) die Belange von Migrant_innen vertreten zu können. Das Projekt knüpft somit nicht nur an die Migrations-, sondern auch an die aktuelle Gender- und Intersektionalitätsforschung an.